

PRESSEMITTEILUNG ZWEI ZUR GRÜNEN KREISVERSAMMLUNG VOM 18.05.2015

Bergsträßer Grüne: Flüchtlingsunterbringung bleibt wichtige Aufgabe Gemeinderäte dürfen über TTIP reden

Weitere Themen der grünen Kreisversammlung in Schriesheim waren die aktuelle Situation der Flüchtlingsunterbringung in den Landkreisen und Gemeinden und der Streit um das geplante Freihandelsabkommen TTIP, über das die EU und die USA derzeit hinter verschlossenen Türen verhandeln. Zunächst ging es um die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Land. Danach mussten die Zugangsprognosen für das laufende Jahr nach oben angepasst werden. „Statt bisher rd. 25.000 erwarteten neuen Zugängen stellt sich Baden-Württemberg 2015 nun auf 52.000 neue Flüchtlinge ein. Die gesamte EU muss mehr aufnehmen. Die Flüchtlingsunterbringung bleibt damit eine große humanitäre Herausforderung“, sagte die Kreisvorsitzende Fadime Tuncer. Erfreulich sei die Zusage der grün-roten Koalition, den Landkreisen auch weiterhin die Kosten der Unterbringung und Betreuung zu 100% zu erstatten. Tuncer bat weiter darum, den Rhein-Neckar-Kreis und die Kommunen bei der Suche nach Unterkünften zu unterstützen. Der Kreis stelle aktuell 1350 Plätze in 8 Gemeinschaftsunterkünften und weitere 720 Plätzen in Wohnungen. Dennoch brauche er weitere Unterkünfte. Es sei zu begrüßen, dass aktuell die Gemeinderäte in Edingen-Neckarhausen, Schriesheim und Dossenheim zur Aufnahme von Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften bereit seien.

Engagiert diskutiert wurde schließlich über die TTIP-Verhandlungen. Uli Sckerl bezeichnete dabei Diskussionen und auch Resolutionen in Gemeinderäten als „notwendig und zulässig“. Er verwies auf Rechtsgutachten des Landkreistages, nach denen die Befassung von Gemeinderäten mit TTIP zulässig ist. „Es geht TTIP zentral um die langfristige Sicherung der Kommunalen Daseinsvorsorge“, so Sckerl. Um neben den Kommunen alle wichtigen Akteure der Zivilgesellschaft an der Diskussion zu beteiligen, habe die Landesregierung nun einen TTIP-Beirat ins Leben gerufen. Der Beirat soll Positionen und Forderungen für Baden-Württemberg formulieren und in die Gremien der Europäischen Union einbringen. „Das ist ein weiteres Beispiel für die Politik des Gehört Werdens“, sagte Fadime Tuncer abschließend.